

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 383

Einwohnerratssitzung vom Montag, 30. März 2009, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	37/38 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Mirjam Dalcher, Regina Furler, Mario Puppato nach der Pause
Vorsitz	Christian Schäublin, Präsident
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

1.	Legislaturziele 2009 – 2012 für die Gemeinde Pratteln	2594
2.	Nichtformulierte Volksinitiative „Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen“	2586
3.	Ergänzung der Vereinbarung zwischen der einfachen Gesellschaft Schiessanlagen Lachmatt mit dem Kanton Basel-Stadt und dem Kantonal-Schützenverein Basel-Stadt	2587
4.	Sanierung der Schiessanlagen in der Lachmatt für die Gemeinden Pratteln, Muttenz und Birsfelden	2588
5.	Quartierplanvorschriften Hardmatt, Bericht der BPK, 1. Lesung	2567
6.	Quartierplanvorschriften "Häring und Coop Areale", Bericht der BPK, 1. Lesung	2573
7.	Interpellation von Gert Ruder betr. „Gesperre Kraftwerkstrasse“	2589
8.	Postulat der CVP-Fraktion betr. „Wiedereinführung der GRATIS-Sperrgutabfuhr in Pratteln“	2590
9.	Motion der SP-Fraktion betr. „Langsamverkehr“	2591
10.	Teilrevision des Reglements über die Jugendarbeit in der Gemeinde Pratteln (Jugendreglement), 1. Lesung	2592
11.	Interpellation von Stephan Ackermann betr. „sicherer Schulweg“	2593
12.	Fragestunde (nach der Pause)	

Christian Schäublin als Präsident des Einwohnerrates begrüsst zur 383. Sitzung. Besonders begrüsst wird Frau Deubelbeiss, die an der nächsten Sitzung überbrückend dabei sein wird. Das Sekretariat des Einwohner- bzw. Gemeinderates wird ab 1. Juli 2009 neu mit Frau Künzli besetzt.

Mitteilungen:

Christian Schäublin: Der Einwohnerratsausflug wird am Samstag 20. Juni 2009 stattfinden. Die Einladung mit den Details wird noch kommen.

GR F. Knöpfel: Sie sehen hier beim Eingang Stellwände. Diese zeigen das Resultat eines Wettbewerbes. Beim Wettbewerb „Abfall entsorgen ohne Worte“, der durch die beiden Kantone BS und BL durchgeführt wurde, hat der Prattler Jonas Baumann den zweiten Preis gewonnen". Dies war auch in Prattler-Anzeiger zu lesen. Diese Ausstellung hier ist vom 3. bis zum 24. April in der Gemeindeverwaltung zu sehen.

Auf dem KUSPO-Dach wurde mit der Montage der Solarzellen bereits begonnen dies ist sehr schnell gegangen. Der Gemeinderat hat das Geschäft vor 4 Wochen beschlossen und letzte Woche wurde mit der Montage begonnen.

Neue persönliche Vorstösse:

- Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz "Fiber to the Home - FTTH"
- Postulat der Unabhängige Pratteln, Roger Schneider "Mehr Sicherheit auf Quartierstrassen"

Geschäftsverzeichnis:

Rolf Hohler: Ich habe keine Bemerkung zum Geschäftsverzeichnis sondern zu einer Frage. Am letzten Montag um 10 Uhr habe ich für die heutige Fragestunde eine Frage beim Sekretariat bzw. Stellvertretung in der Gemeindeverwaltung eingereicht. Diese Frage liegt heute nicht vor und ich möchte wissen, wo diese Frage geblieben ist und dass sie möglichst schnell beantwortet wird.

Christian Schäublin weist darauf hin, dass diese Frage noch nicht beim Büro eingetroffen ist und das Büro an seiner letzten Sitzung keine Kenntnis davon hatte.

GP Beat Stingelin: Der Gemeinderat hat die Frage erhalten und kann diese nachher beantworten.

Christian Schäublin: Es gibt keine Einwendungen zum Geschäftsverzeichnis und es wird nach diesem verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2594

Legislaturziele 2009 - 2012 für die Gemeinde Pratteln

Aktenhinweis

- Legislaturziele 2009 – 2012 für die Gemeinde Pratteln
- Antrag des Gemeinderates vom 17. Februar 2009

GP Beat Stingelin: Der Gemeinderat hat in einer ganztägigen Klausur und Einzelsitzungen die Legislaturziele zusammengetragen und erarbeitet. Auf Anregung der GPK haben wir auch „Bilanz, Erfolg, Misserfolg“ aufgenommen, so dass immer sichtbar ist, wo man gerade steht. Beim „Rückblick über die vergangene Entwicklung“ hat sich nicht viel geändert, weil es für die viele Inhalte (Anzahl Haushalte usw.) keine neuen Zahlen gibt und wir warten müssen, bis neue Zählungen vorliegen. „Blick voraus“ ist ein vierter Punkt. Die „Trends der Bevölkerungsentwicklung“ glauben wir, werden sich fortsetzen. Aber „Glauben“ ist das eine und als wir im September diese Legislaturziele erstellt haben, sah Alles etwas anders aus und es wurde der Entwicklung gemäss korrigiert. Wie immer steht das ganze unter dem Motto „Prattele bewegt“. Es ist wichtig, dass wir Visionen haben, dass der Einwohnerrat und die Bevölkerung sagen können, in welche Richtung es gehen soll und in welche nicht. Vom Aufbau her haben wir die 8 Leitsätze beibehalten; es sind immer noch dieselben. Wir haben Ziele, die ständig da sind, nicht immer in demselben Segment, aber sie gehören dazu und dürfen nicht ausser Acht gelassen werden. Ich möchte nicht auf die einzelnen Ziele eingehen und später versuchen, Fragen dazu zu beantworten.

Albert Willi: Die SVP hat die Legislaturziele gut studiert. Es sind Aussagen enthalten, die uns ziemlich viel Bauchweh gemacht haben. Der Gemeinderat hat sich bei der Zielerreichung nach unserer Meinung in gewissen Aussagen ziemlich überschätzt und dies zeigt eine gewisse Arroganz des Gemeinderates. „Bilanz, Erfolg, Misserfolg“ 1A: Hier hat der Gemeinderat seine Ziele angeblich ganz erreicht, was aus der Sicht von Pratteln übertrieben ist. Bestenfalls wäre „andauernd“ in Ordnung. Bei 6D „Effiziente Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Liegenschaften“: Seit vielen Jahren sind Mietzinsanpassungen bei gewissen Gemeindeliegenschaften fällig. Dies ist im Bericht der RPK nachzulesen. Wir verstehen nicht, was hier gemeint ist. Bestenfalls wäre ein „teilweise erreicht“ korrekt. Zu 7H „Einsetzung Sicherheitskommission“: Diese gibt es noch gar nicht und daher wäre „nicht bearbeitet“ oder „keine Annäherung“ richtig. 3 „Überblick über die vergangene Entwicklung“: Die Grafiken sind nicht lesbar, da sie für uns nicht farbig abgegeben wurden. 4.3 „Trends der Gemeindefinanzen“: Die finanzielle Lage der gebührenfinanzierten Gemeindeaufgaben ist alles andere als erfreulich. 4.4 „Sozialhilfekosten“: Handlungsmöglichkeiten bestehen durchaus wie die Erfolge der Leistungsabklärungen zeigen. Heute Morgen war im Radio zu hören, dass verschiedene Kantone dasselbe machen, was auch wir begonnen haben, nämlich Sozialdetektive im Sozialbereich einzusetzen. Traurig ist, dass dies notwendig ist und laut „10vor10“ bringt das den grossen Agglomerationen recht Geld ein. Legislaturziel 1E: Nutzung des Spezialzonenplanes Salina-Raurica; hier fehlt das Ziel von Nutzungsplanung und Zonenreglement. Legislaturziel 2C: Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er typische Schweizer Anlässe auch fördert und somit die ausländischen Mitbewohner unsere Kultur übernehmen können. Leitsatz 4 Legislaturziel 4A „Parkraumbewirtschaftung,„. Dies bedeutet neue Aufgaben. Wie wird das von der Prattler Bevölkerung kompensiert? Leitsatz 4.3: Fernverkehrszug, Flugzug, Interregio. Der Flugzug ist in den nächsten Jahren wieder anzustreben und wir hoffen, dass sich der

Gemeinderat hierfür vermehrt einsetzt vor allem weil man hofft, dass in Pratteln in nächster Zukunft mehr Arbeitsplätze entstehen. Legislaturziel 4C: Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er die Achse Obere Matt - Hauptstrasse weiterhin als wichtigste Innerortsverbindung aufrecht erhalten will. Legislaturziel 5A: In den letzten Jahren hat man gerade das Gegenteil gehört und die Vereine mussten sich gegen Subventionskürzungen, höhere Mieten, Benützungsgebühren usw. wehren. Erfüllt der Gemeinderat sein Ziel, kämen die kulturellen Vereine auch wieder vermehrt zum Zug und wir erhoffen uns eine differenziertere Unterstützung und nicht eine einseitige. Legislaturziel 5E: Kann uns der Gemeinderat sagen, wie die Grillplätze konstruiert werden und was die Aufräumarbeiten bei den Grillplätzen am Montag kosten? Und wenn ich sehe, was der Werkhof an einem Montag an den verschiedenen Plätzen auflädt, kommt mir das Grauen, denn bei mir in der Nähe gibt es verschiedene solcher Grillplätze und die Abfallmengen sind horrend. Leitsatz 6: Die hohen Sozialhilfekosten sind zu erwähnen und müssen durch weitere Prozessoptimierungen und Massnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs verringert werden. Legislaturziel 6C: Den 2. Satz könnte man weglassen, weil zukünftig zusätzliche Abschreibungen durch das neue Finanzausgleichsgesetz nicht mehr vorgesehen sind. Den Überschuss in Sonderfinanzierungen zu stecken schränkt die Verfügbarkeit der Mittel ein und so werden gewisse Fonds unnötig geöfnet. Legislaturziel 6C: Der Gemeinderat denkt wie die Banker nur kurzfristig und auf persönlichen Gewinn. Daneben müssen die gewährten Rabatte bereits wieder reduziert oder aufgehoben werden. Damit verhindert der Gemeinderat eine langfristige Sicherstellung der Werke. Leitsatz 7 Ziel A: Eine leistungsfähige Gemeindepolizei ist auch nachts erwünscht. Ziel 7E: Wie sieht das Konzept dieser Beleuchtung aus? Ziel 7F: Wie sehen die „anderen Massnahmen“ aus? Was der SVP am meisten aufgestossen ist, ist der Satz, dass der Einwohnerrat den Gemeinderat behindern würde. Dazu will ich mich hier nicht äussern.

Kurt Lanz: Die SP-Fraktion hat das Legislaturprogramm angeschaut. Mit Freude haben wir die Grafiken ganz am Anfang zur Kenntnis genommen. Bei zweien ist die Übersichtlichkeit nicht ganz gewährt; die Grafiken zeigen jedoch die Entwicklung von Pratteln und für das möchten wir dem Gemeinderat herzlich danken. Nachdem Albert Willi bereits das ganze Legislaturprogramm durchgegangen ist, gehen ich davon aus, dass jede Person etwas zu sagen hat und vorgesehen ist, dieses zu lesen.

Christian Schäublin weist darauf hin, dass es sich um eine Kenntnisnahme handelt und damit nicht vorgesehen ist, die Legislaturziele zu lesen.

Kurt Lanz: Die Auslagerung der Gemeindebibliothek Ziel 5C ist mir aufgefallen. Wir sehen nicht ein, warum die Gemeindebibliothek ausgelagert werden soll. Ziel 6D: Wenn die Meinung ist, die Regiebetriebe in eine AG oder dergleichen überzuführen, bin ich dafür nicht zu haben und werde mich wehren. Die Regiebetriebe sind so, wie sie jetzt laufen, voll in Ordnung. Wie die Gewinne der Regiebetriebe verwendet werden sollen -in der Zwischenzeit gab es Rabatte und dies ist eine Möglichkeit- hoffe ich, dass die Regiebetriebe keinen Gewinn machen; dies wäre wider aller Vorstellungen; Regiebetrieb müssen lediglich selbsttragend sein. Bei Ziel 7E gehe ich davon aus, dass dies das nächste Traktandum ist.

Benedikt Schmidt: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen hat die Legislaturziele gelesen und einige Kommentare. Wir hoffen, dass die Legislaturziele für den Gemeinderat ein nützliches Arbeitsinstrument sind und werden uns im Detail äussern, wenn die einzelnen Geschäfte spruchreif sind. Es gibt einen Abschnitt über die Erreichung der Ziele der letzten Legislatur. Dieser ist für uns relativ schwierig nachzuvollziehen. So steht dort zum Standort der Gemeindeverwaltung das Ziel sei „teilweise erreicht“. Beim neuen Feuerwehrmagazin hingegen steht „keine Annäherung“ obwohl es immerhin eine Einwohnerratsvorlage gab. Beim Ziel der Zusammenarbeit mit den öffentlichen und privaten Feuerwehren heisst es „ganz erreicht“ und dies ist mir neu. Es steht auch bei „keine zusätzlichen Standortrisiken“ „ganz erreicht“ aber Planzer

lagert neu Gefahrgut. Es lässt sich nicht ganz nachvollziehen, wie der Gemeinderat die Zielereichung umschrieben hat. Viele der neuen Ziele sind mir allzu offen formuliert. Es steht beispielsweise „Ein Ortsbus wird geprüft“, die Prüfung ist relativ schnell und man könnte dies konkreter formulieren. Man könnte auch einen Termin setzen. Eine Ausnahme sind die Ziele zu den Finanzen; diese so sind klar formuliert, dass man in 4 Jahren schauen kann, ob man es geschafft hat oder nicht. Das Thema Naturschutz habe ich nirgends in den Legislaturzielen gefunden, was mich da erstaunt oder eben nicht. Die Gemeinde Pratteln hat ein Auszonungskonzept und dieses scheint in den nächsten 4 Jahren kein Thema zu sein. Im Budget für dieses Jahr haben wir Geld für ein Landschaftsentwicklungskonzept und ein solches Konzept sollte auch Konsequenzen haben und nicht einfach verstauben. Eines dieser Ziele lautet Pratteln solle bis ins Jahr 2012 Energiestadt sein. Warum dauert dies so lange? GR Felix Knöpfel hat ja gerade auf PrattelnNet ein Interview gegeben und verkündet, wie schön man in diesem Bereich vorwärts kommt. Und warum es jetzt noch jahrelang dauert, kann ich nicht nachvollziehen.

Daniela Berger: Legislaturziel 5C Auslagerung Gemeindebibliothek und Ludothek: Ich stelle mich ganz dezidiert dagegen. Bibliothek und Ludothek sind weitherum beliebt und bekannt und es gibt sogar Leute von weit her, die die Bibliothek Pratteln benutzen. Der Betrieb ist im Vergleich zu anderen Gemeindebibliotheken kostengünstig; dies liess ich mir von Fachleuten sagen. Das Personal ist sehr kompetent und hilfsbereit, das erfahre ich jede Woche wenn ich selber gehe. Die Bibliothek hat tolle Öffnungszeiten und ein super Angebot. Eine Gemeindebibliothek kommt schnell einmal als zweiter Ort der Bildung hinter der Schule, weil eine Gemeindebibliothek viel zum Lesen und zum Verständnis beiträgt und damit auch zur fachlichen Weiterbildung der Kindergärtler und Schüler. Mit dieser Gemeindebibliothek haben wir so etwas wie eine Perle in unserer Gemeinde. Ich selber blufte manchmal mit unserer Gemeindebibliothek: Wir haben viel Natur, wir haben auch viel Kultur und eine gute Bibliothek, wo man sich weiterbilden kann und auch eine tolle Ludothek und mich als Prattlerin freut das. Und wenn ich sehe, wie Jung und Alt aus- und eingehen, Schweizer wie Ausländer, Klein und Gross, da möchte ich diese Perle unbedingt erhalten und werde mich mit allen Mitteln einsetzen, diese Perle auch weiterhin zu geniessen.

Eva Keller: Ich habe mit grossem Interesse die Legislaturziele zur Kenntnis genommen und bin auf 5A Seite 18 gestossen und möchte nachdoppeln, was schon die SVP gemerkt hat. Ich hoffe, dass diese Subventionen nicht nur auf den Stand vor der Senkung kommen, sondern sogar erhöht werden und unsere Vereine nachhaltig unterstützen. Ich freue mich darauf, dies im nächsten Budget lesen zu können. Weiter würde ich mich auch freuen, wenn die Vereine günstigere Mieten für die Räume hätten. Ich freue mich über die baldige Umsetzung.

Patrick Freund: Im Namen der FDP-Fraktion möchte ich mich ganz herzlich für die grossartige Arbeit der Gemeinderäte für die Legislaturziele bedanken und zuerst festhalten, dass ich als Einwohnerrat zum ersten Mal ein solches Dokument gesehen habe. Das Dokument ist sehr professionell aufgebaut, enthält sämtliche Punkte für die Zielerreichung nachvollziehbar und aus dem man auch ersieht, warum bestimmte Ziele so erfasst worden sind. Dass man verschiedener Meinung sein kann, ist uns klar; dies muss aber nicht Inhalt der heutigen Diskussion sein, dafür gibt es andere Wege wie Fragestunde, GPK usw. Vielen Dank für das Dokument und herzlichen Dank für die tolle geleistete Arbeit. Mit diesem Dokument können wir arbeiten und die einzelnen Meinungen der Fraktionen können wir in den nächsten 4 Jahren beeinflussen und dann zur Diskussion bringen, wenn es behandelt wird.

Patrick Weisskopf: Ich finde es positiv, dass wir ein solches Dokument haben und das periodisch verfolgen können. Ziele sollten einen gedachten und vorweggenommenen Zustand festlegen und darum ist wichtig, dass man sie nachverfolgen kann. Bei den Kennzahlen ist uns aufgefallen, dass viele Kennzahlen fehlen; sie sind noch

nicht da. Es wäre aber schön, wenn man den Trend erkennen könnte und diejenigen ergänzt, die man noch nicht offiziell hat. Gibt es fehlende Kennzahlen schon auf der Gemeinde, beispielsweise über die Anzahl der Arbeitsplätze? Wohnorte der Mitarbeiter in den Firmen, gibt es dies? Wer wohnt in Pratteln, wer in der nahen Umgebung oder wer kommt als Pendler aus dem Ausland? Solche Informationen sind wichtig, wenn man Verkehrsströme steuern will. Ebenso wenn sich eine Nettoverkaufsfläche oder eine Parkplatzanzahl verändert hat. Aufgefallen ist mir auch, dass das Image der Gemeinde im Dokument enthalten ist und darüber werden wir in Zukunft sehr viel hören von der Aussen- und Innenwahrnehmung. Es wird auch spannend, zu sehen, ob sich Pratteln in Richtung Banlieue von Basel entwickeln wird oder in Richtung Garden-City als Wohnort und Arbeiten im Grünen. Ich wünsche dem Konzept alles Gute und wir werden uns bei den entsprechenden Geschäften einbringen.

Dieter Stohler: Die Vereine in Pratteln haben eine grosse Tradition und mit der IGOP sind die Vereine stark verankert. Die Vereine leisten für Pratteln einen wichtigen Beitrag an die Jugend- und Integrationsarbeit. Ohne Vereine wäre Pratteln und überhaupt ein Leben ohne Vereine nicht denkbar und auch das politische Leben nicht. Ich selber bin in 6 Vereinen in Pratteln; 2 werden subventioniert, 2 profitieren von der Infrastruktur und 2 weder-nach. Ich möchte den beiden Vorrednern Albert Willi und Eva Keller zu bedenken geben: Wenn man einfach nach Erhöhung der Subventionen redet, könnten damit sehr schnell neue Ungerechtigkeiten geschaffen werden und auch Begehrlichkeiten ins Uferlose geweckt werden. Mehr Geld ist eine populäre Forderung. Ich möchte als Gegenpol zu den Vorrednern sagen, es kann nicht das Ziel sein, dass wir nun blindlings giesskannenartig nach mehr Subventionen reden. Das schafft neue Abhängigkeiten. Ich gehe grundsätzlich davon aus, dass die meisten Vereine privat initiativ sind und die Eigenverantwortung auch etwas zählt und geschätzt und gefördert wird und nicht mit einem Subventionsverhältnis, das ein Türöffner ist, nun plötzlich alle Aufgaben als Gemeindeaufgaben erklären. Selbstverständlich gibt es Vereine wie Spitex, Tagesmütterverein usw., die ganz wichtige Aufgaben lösen, die vertraglich gebunden sind. Und wenn es allgemein heisst „Die Vereine und Gruppierungen Prattelns werden vermehrt unterstützt“, dann möchte ich warnen, das Giesskannenprinzip anzuwenden. Wenn dies der Fall wäre, würde ich mich als Einwohner-rat dagegen aussprechen.

GP Beat Stingelin: Ich beginne bei den Vereinen, bei denen Dieter Stohler aufgehört hat. Mit der Aussage des Gemeinderates, die Vereine vermehrt zu unterstützen, kann man sich auch vorstellen, dass es nicht unbedingt Geld sein muss. Eine Unterstützung kann auch darin bestehen, dass die Reservation eines Lokales oder einer Anlage einfacher geht. Es ist nicht immer das Geld. Mit der IGOP sind wir immer in Kontakt und kennen den Trend. Wir haben auch von der IGOP Anregungen erhalten, beispielsweise, man solle die Vereine an Hand der Jungen in den Vereinen unterstützen. Dieses System gäbe aber auch wieder böses Blut: Es gibt Vereine, die gar keine Jungen mehr haben, aber jetzt Unterstützung erhalten und nachher keine mehr. Es wird nicht einfach sein; wir werden in diese Richtung arbeiten. Aber ob es mehr Geld sein wird, ist offen. Der Punkt wird sein, dass wir Alle gleich behandeln. Albert Willi hat die Legislaturziele vernichtend behandelt, das hat mit weh getan. Wenn er heute bestimmte Konzepte fordert, kann dies nicht der Weg sein. Dafür ist mir der Weg der Grünen sympathischer, die sagen: Wenn das Anliegen kommt, kommen wir auch. Man muss die Sachverhalte zuerst erarbeiten und dann können wir sagen, was wir wollen. Diese Forderungen sind in den Legislaturzielen zu früh. Wir haben nicht Detailkonzepte ausgearbeitet, sondern grossomodo geschaut, in welche Richtung wir wo gehen wollen. Zu Benedikt Schmidt, dass Naturschutz nicht enthalten ist: Wenn etwas nicht in den Legislaturzielen steht, heisst es nicht, das es nicht gemacht wird. Es ist nicht einfach, allen Gedanken gerecht zu werden und alles so einzufügen, dass es noch handhabbar ist. Die Legislaturziele sollen für den Gemeinderat und die Verwaltung eine klare Richtlinie sein, wo und in welchen Segmenten gearbeitet werden soll. Zur Erinnerung: Wir haben hierin ein paar Mal gesagt „Das haben wir in den Le-

gislaturzielen so und so umschrieben“. Dies wird auch in Zukunft so sein. GR Max Hippenmeyer wird sich zu Bibliothek und Regiebetrieben äussern und GR Ruedi Brassel zur Feuerwehr.

GR Max Hippenmeyer: Legislaturziele sind Leitplanken für unsere Arbeit in Gemeinderat und die Entscheidungsinstanz ist immer der Einwohnerrat. Befürchtungen, dass Dieses oder Jenes bereits beschlossen ist, sind fehl am Platz. Mit den Zielen wird dokumentiert, an was wir arbeiten. Zum Legislaturziel 5C: Wenn man das gut liest heisst es „Die Auslagerung der Gemeindebibliothek und der Ludothek wird geprüft“. Es ist nichts beschlossen und das Wort „Auslagerung“ ist vielleicht ein falsches Wort und die Worte „Neue Trägerschaft“ oder „Reorganisation“ wären besser. Warum diese Überprüfung? Wir haben festgestellt, dass das Reglement aus dem Jahr 1950 (ungefähr) mit der jetzigen Praxis und Gegebenheiten überhaupt nicht übereinstimmt. Und so ist der Gedanke gekommen, dass man überprüfen sollte, ob beispielsweise die Anstellungsbedingungen, überhaupt die ganze Situation noch zeitgemäss sind. Dies ist es nicht und zu gegebener Zeit wird im Einwohnerrat eine Vorlage kommen und der Einwohnerrat kann darüber entscheiden. Das ist mit dieser Zielaussage gemeint. Es ist sinnlos, schon jetzt gegen etwas Sturm zu laufen, was überhaupt noch nicht diskutiert worden ist. Zu den Regiebetrieben ist zu bemerken, dass das überhaupt nichts Neues ist und wenn Du, Albert Willi, in der Erfolgskontrolle nachschaut, heisst es „nicht bearbeitet“ und das Ziel der Neuorganisation wurde bereits im Jahr 1996 im Einwohnerrat behandelt. Damals hat eine Arbeitsgruppe Vorschläge gemacht, die an den Gemeinderat zurückgewiesen wurden. Es wird also an einer hängigen Sache gearbeitet. Es geht nicht darum, eine AG zu machen oder zu Privatisieren, sondern eine zeitgemässe Organisationsform zu finden, die eine gewisse Flexibilität gibt, weil die Spezialfinanzierungen zweckgebunden sind. Ich warne davor, Horrorszenarien an die Wand zu malen. Es gibt verschiedene Gemeinden, die nächstgelegene ist Liestal, die ihre Werke in einer anderen Organisation führen als wir das machen. Dies wird geprüft und wir werden die Sache vorlegen.

GR Ruedi Brassel: Albert Willi hat erwähnt, was sei bei der Sicherheitskommission „teilweise erreicht“. Der Gemeinderat hat immerhin ein Reglement vorgelegt, das seit einem Dreivierteljahr beim Einwohnerrat ist. Das Reglement ist da, also „teilweise erreicht“ und was daraus wird, ist Sache des Einwohnerrates. Zur Verkehrssicherheit, wo man wissen möchte, was genau kommt: Das möchten wir auch gerne wissen; wir werden daran arbeiten und es werden Vorlagen kommen. Es ist heute ein Vorstoss in diese Richtung vorhanden. Dies sind Zielsetzungen, die offen sind und bei den Legislaturzielen handelt es sich nicht um konkrete Einzelmassnahmen, sondern um Vorgaben, für die sich der Gemeinderat setzt und an denen gearbeitet werden soll. Zum Feuerwehrmagazin liegt tatsächlich etwas vor, aber diese Vorlage ist erst nach der alten Legislaturperiode entstanden und korrekterweise muss gesagt werden, dass bis Sommer 2008 zum Feuerwehrmagazin nichts vorgelegen ist. Ich nehme mit grosser Befriedung zur Kenntnis, dass von Seiten der Grünen Beschleunigung des Feuerwehrmagazines gewünscht wird und hoffe auf die entsprechende Unterstützung.

GR Felix Knöpfel: Es handelt sich um Absichtserklärungen und nicht um Konzepte oder Massnahmen. Von Kurt Lanz wurde nach der Beleuchtung gefragt und wir haben heute das Thema anschliessend im Einwohnerrat und wenn dieses angenommen wird, müssen wir uns Gedanken dazu machen, aber wie es genau aussieht, wissen wir auch nicht. Von Benedikt Schmidt wurde wegen der Energiestadt angefragt. Hier sind wir tatsächlich schneller vorwärts gekommen, als angenommen und werden bereits nächstes Jahr, im Idealfall noch dieses Jahr, zur Energiestadt werden. Für den Naturschutz haben wir einen Dreijahresplan und dies wurde bereits früher im Einwohnerrat bemerkt.

Roger Schneider: Es geht uns darum, euch ernst zu nehmen und dass das Thema Naturschutz einen Stellenwert hat wie andere Themen auch. Wenn das Thema Na-

turschutz nicht erwähnt ist, heisst dies, dass es nicht die Bedeutung hat. Wenn der Gemeinderat ein Landschaftsentwicklungskonzept in Auftrag gibt, hoffe ich, dass daraus etwas entsteht. Die Zonenvorschriften Landschaft sind schon bald 20 Jahre alt und sollten periodisch analog der Ortskernplanung angeschaut werden. Uns fehlt die Bezeugung, dass das Thema Naturschutz wichtig ist und ihr daran arbeiten wollt. Dies fehlt und an jenem Tag wurde dies offenbar nicht besprochen, und wir wünschen uns, dass es auch aufgenommen wird. Im Dokument ist die Rede von Naherholung, Grillplätzen usw. und das gehört in eine Gesamtplanung hinein. Ziel ist, die Zonenvorschriften in dieser Legislatur zu revidieren.

Kurt Lanz: Wir wissen, was „prüfen“ heisst und wenn uns der Gemeinderat dies noch einmal mitteilt, ist es schön. Wir möchten aber auch früh genug schon sagen, falls wir etwas nicht gut finden und vielleicht kann man dann auch das Prüfen sein lassen.

Urs Hess: Ich möchte Felix Knöpfel darauf ansprechen, dass im Legislaturziel 7E steht „Das Konzept der Beleuchtung des öffentlichen Raums wird schrittweise umgesetzt“ und nun heisst es „Wir wissen ja gar nicht, was wir umsetzen wollen“. Also ist das Konzept noch nicht vorhanden und falls doch, will ich wissen, wie das Konzept aussieht. Sonst ist dieser Satz eine Floskel. Der Gemeindepräsident hat gesagt, dass er enttäuscht sei, wie wir die Legislaturziele aufgefasst haben. Ich bin das natürlich auch von den Legislaturzielen. Hier heisst es „teilweises Misstrauen im Einwohnerrat gegenüber dem Gemeinderat und der Verwaltung“ und dies sei eine Schwäche. Ich glaube aber, es ist eine Stärke, dass wir kritisch schauen.

://: Der Einwohnerrat nimmt die Legislaturziele 2009 - 2012 zur Kenntnis.

Geschäft Nr. 2586 Nicht formulierte Volksinitiative "Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen"

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 20. Januar 2009

Erich Weisskopf: Wir finden diese Initiative eine Bevormundung gegenüber einem haushälterisch lebenden Bürger, dem Kleingewerbler und auch gegenüber der notwendigen Industrie in unserem Wohngebiet. Haben wir nicht schon genügend Verbote und Vorschriften zu beachten? Diese Initiative brauchen wir sicher nicht und wir von der SVP sind sicher nicht gegen gleichgültigen Energieverbrauch. Aber mit vorbeugenden und einsichtigen Ratschlägen und Weisungen gegen sinnlosen Energieverbrauch kann man sicher mit den bereits vorhandenen Reglementen die gewünschten Anliegen einbringen. Muss man dem pflichtbewussten Bürger, dem Kleingewerbler oder auch der Industrie auch noch vorschreiben, wie er in seinem Existenzkampf und demzufolge mit seinen Werbekosten und Energiekosten umzugehen hat? Der heutige Markt regelt die Angelegenheit selber. Zudem müssen Verbote, Reglemente und Vorschriften überwacht werden. Wer führt diese Mehrarbeiten durch? Ist es unsere Gemeindepolizei oder sonst ein Organ? Und diese arbeiten alle „gratis“ und die Personalkosten sinken damit sicher nicht. Die SVP-Fraktion ist daher derselben Meinung wie der Gemeinderat und lehnt a: die Initiative über Lichtemissionen ab und b: ist die SVP tendenziell für den Gegenvorschlag, aber nur mit unseren Änderungen. In diesem Sinn beantrage ich Euch, die Initiative zu verwerfen und eventuell auch den Gegenvorschlag.

Dominik Holenstein: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen begrüsst die von der SP eingereichte Volksinitiative zur Vermeidung unnötiger Lichtemissionen. Wir

finden das Anliegen wichtig. Das Thema Lichtverschmutzung ist leider der Bevölkerung noch zu wenig bekannt und sie nimmt die Lichtverschmutzung nicht so wahr. Wenn man jedoch sieht, was die zunehmende Lichtverschmutzung für Auswirkungen hat auf uns Menschen: Schlafstörungen, und auch auf Tiere und Pflanzen. Ich höre immer die Amsel nachts um 12 Uhr beim Bahnhof pfeifen, weil sie nicht weiss, ob es jetzt Morgen ist oder nicht. Wir finden, dass die negativen Auswirkungen nicht nötig sind und dass man sinnvollerweise Energie sparen kann. Ich sehe nicht ein, warum man nachts Gebäude, Reklamen usw. beleuchten muss; dies kann man abends machen, aber nicht nachts und dies lässt sich technisch ohne grosse Kontrolle lösen. Ich frage mich auch, was für ein Skybeamer diese Woche, auch gestern Abend, unseren Himmel beleuchtet hat; dies ist absolut sinnlos. Die Unabhängigen und Grünen halten an dieser Initiative fest, so lange nicht alle relevanten Forderungen der Initiative aufgenommen wurden. Wir können auch damit leben, dass die entsprechenden Vorschriften in den beiden Reglementen Reklame- und Polizeireglement untergebracht sind. Dies ist auch für uns ein gangbarer Weg. Es spricht auch nichts dagegen, die Initiative anzunehmen und ein eigenes Reglement zu schaffen. Wir hoffen, dass die Gemeinde ihre Beleuchtung überprüft. Ich denke an die Schlossbeleuchtung, diese ist schön, aber nicht ideal für die Lebewesen. Wir sind für Annahme der Initiative.

GR Felix Knöpfel: Der Gemeinderat hat erkannt, dass die SP-Initiative gültig ist, der Einwohnerrat diese jedoch ablehnen sollte, damit der Gemeinderat einen Gegenvorschlag einbringen kann. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass etwas gegen die Lichtverschmutzung unternommen werden soll. Er sieht aber auch, dass man leicht zu weit gehen könnte und in den Privatbereich vordringt und Vorschriften macht, welche Lampe nach unten, welche geradeaus schauen soll. Schwierig ist auch zu sagen, zu welchen Zeiten Strassen beleuchtet sein sollen oder nicht und hier sollte man grosszügig verfahren. Aber im Bereich der Reklame und des Verkehrswesens und des Polizeiwesens kann man sicher Vorschriften einbringen, wie es der Gemeinderat vorschlägt. Dies heisst jedoch, dass man die Initiative sogar zurückziehen sollte, damit wir schneller vorwärts kommen. Wird sie nicht zurückgezogen, ist eine Abstimmung notwendig und es wird sich verzögern. Polizeireglement und Reklamereglement kommen wahrscheinlich noch dieses Jahr in den Einwohnerrat und dann können wir noch Präzisierungen vornehmen. Der Antrag des Gemeinderates ist also klar: Die Initiative ablehnen, den Gegenvorschlag annehmen. Noch besser wäre ein Rückzug der Initiative.

Kurt Lanz: Ich danke dem Gemeinderat für die Art, wie er dem Anliegen des Volkes entgegentritt. Vor einer Woche war ich nicht sicher, ob wir von Ausserirdischen heimgesucht wurden. Genau so habe ich mir dies nicht vorgestellt. Das Initiativkomitee wäre bereit, die Initiative zurückzuziehen, falls auch das umgesetzt wird, was das Initiativkomitee will. Darüber können wir nach der Einwohnerratssitzung diskutieren. Eine grundsätzliche Frage im Zusammenhang mit der Vorlage des Gemeinderates: Was ist der Unterschied zwischen dem Polizei- und dem Reklamereglement und warum finden wir nicht alle Anliegen in beiden Reglementen? Ich gehe davon aus, dass in beiden Reglementen alles geregelt werden muss. Wenn nicht in beiden Reglementen alles geregelt wird, wird irgend etwas als allgemeine Beleuchtung und etwas als Reklame bezeichnet und am Schluss weiss man nicht mehr genau, welches was ist. Erich Weisskopf hat angesprochen, dass er nicht weiter bevormundet werden will, ich verstehe das, andererseits muss ich sagen, dass immer dort, wo sich die Leute nicht vernünftig verhalten, Regeln getroffen werden müssen und dies sind bei uns Reglemente oder Gesetze. Wenn sich alle normal und anständig verhalten würden, könnte man sogar aufs Strassenverkehrsgesetz verzichten. Der Vorschlag des Gemeinderates geht in die Richtung von Erich Weisskopf. An Felix Knöpfel stelle ich die Frage was bedeutet „schneller vorwärts machen“? Bedeutet dies, dass die Reglemente zügig kommen, wenn ja, wann? Die Anträge der SP-Fraktion sind ganz klar. An der Gültigkeit der Initiative gibt es nichts zu diskutieren. Selbstverständlich lehnen wir diese nichtformulierte Initiative nicht ab -wir finden sie ja gut. Dem Gegenvor-

schlag stimmen wir zu, damit das Initiativkomitee die Möglichkeit erhält, zwischen Gegenvorschlag und ihrer Initiative zu entscheiden. Dem Abstimmungsverfahren wird ebenfalls zugestimmt und der Empfehlung des Gemeinderates stimmen wir so, wie sie hier vorliegt, nicht zu.

Dieter Stohler: Auch die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf dieses Geschäft. Das Grundanliegen der Initianten, sich diesem Thema zu widmen, ist durchaus berechtigt. Wir finden aber, dass die Initiative zu weit geht und danken dem Gemeinderat, dass er versucht, einen konstruktiven Gegenvorschlag zu erarbeiten, dem wir tendenziell zustimmen. Weiteres in der Direktberatung. Wir finden den Weg der Reglementsergänzungen grundsätzlich sinnvoll, weisen aber darauf hin, dass man mit neuen Verbote sehr zurückhaltend sein soll und auch den Verwaltungsaufwand im Auge behalten muss. Neue Verbote müssen praktikabel, sinnvoll und durchsetzbar sein.

GR Felix Knöpfel: Kurt Lanz hat gefragt wie rasch die beiden Reglementsänderungen erfolgen könnten. Nun bin ich weder für das eine noch das andere zuständig. Eine kurze Rücksprache mit den beiden involvierten Gemeinderäten Ruedi Brassel und Rolf Wehrli hat ergeben, dass beide Reglemente bereits in Überarbeitung sind, so dass sie nach den Sommerferien vor den Einwohnerrat kommen sollten.

Emmanuel Trueb: Die CVP-Fraktion verfolgt den Weg des Gemeinderates und ist auch der Meinung, dass ein eigenständiges Reglement nicht der richtige Weg ist und unterstützt den Gegenvorschlag. Das Thema Lichtemissionen beschäftigt uns erst in der jüngeren Zeit. Bereits im Jahr 2005 hat das damalige BUWAL eine Broschüre herausgegeben, in der sehr sorgfältig ausgearbeitet ist, was die Problematik der Lichtverschmutzung ist. Ich verstehe, dass man einem freien Bürger in einem freien Land keine Vorschriften machen will. Aber hier handelt es sich um Probleme, die man so gar nicht wahrnimmt, weil erst eine genauere Untersuchung die Problematik aufzeigt. Es handelt sich um ein modernes und richtiges Anliegen zur richtigen Zeit und von daher sind wir der Meinung, die Initiative auf dem Weg zu unterstützen, den der Gemeinderat vorschlägt.

Eva Keller: Als Mit-Initiantin „plaudere ich aus dem Nähkästchen“. Als mir Heinz Schiltknecht zur ersten Mal von dieser Initiative erzählt hat, habe ich ihn gross angeschaut und gesagt „Du glaubst doch nicht, dass ich bei dunkler Nacht nach Hause laufe oder mit dem Velo fahre“ und die Initiative kam mir sehr suspekt vor. Dies war Unkenntnis im höchsten Grad. Via Google bin ich auf Darksky.ch gestossen und habe mich informiert. Mittlererweile finde ich dies etwas vom Wichtigsten, dass wir anpacken konnten. Es ist nicht einfach Lichterlöschen, sondern es handelt sich um den effizienten und verantwortungsbewussten Einsatz von Aussenbeleuchtung. Weiter redet man nicht nur von Lichtemissionen, sondern auch von Lichtverschmutzung, d. h. der Aufhellung des Nachthimmels. Und wenn wir mit so wenigen Schritten etwas dagegen unternehmen können, ist dies wirklich sinnvoll. Die Reklamewirkung in nächtlichen Morgenstunden ist für mich fragwürdig. Die Zeiten für Reklamebeleuchtung könnten wie in der Lärmschutzverordnung von 06.00 bis 22.00 Uhr definiert werden. In der Initiative sind diese Zeiten viel später. Zum Thema Weihnachtsbeleuchtung musste ich auch schon Einiges hören und beim Sammeln der Unterschriften war dies für die Bevölkerung ein grosses Thema. Oft wurde ich gefragt „Darf ich dann keine Lichter mehr aufhängen?“ Mit Schmuckbeleuchtungen kann genauso überlegt und dezent vorgegangen werden. Auch ich will nicht auf die Bäume der SVP verzichten; diese gefallen mir und meine eigene Beleuchtung will ich auch weiterhin haben. Man könnte beispielsweise auf die blinkenden Landebahnen verzichten, die Überhand genommen haben. Diese brauchen wir nicht wirklich. Zuerst wollte ich mich wehren und gar keine Unterschriften sammeln, weil ich das Thema nicht kannte und nachher stand ich mehrere Stunden auf der Strasse und teilweise standen die Leute Schlange, um zu unterschreiben. Von Links nach Rechts, von Alt zu Jung; die Initiative ist

wirklich ein Bedürfnis der Bevölkerung. Darum bitte ich Euch, dieser Initiative wohlwollend gegenüber zu stehen.

Dieter Stohler: Mit der Zielsetzung sind wir einverstanden und wenn wir jetzt befinden, ob der Gegenvorschlag anzunehmen oder abzulehnen ist, hier einige Argumente der FDP-Fraktion. Wir haben gesagt, es braucht eine Interessenabwägung, es ist ja nicht schwarz-weiss, auch wenn es mit Licht an-aus schwarz-weiss wird. Es ist eine Interessenabwägung zwischen Energiesparen, Umweltanliegen aber auch die Anliegen von Menschen, die zusammenleben, sind zu berücksichtigen. Es geht also auch um die persönliche Freiheit von Privaten, von Firmen und um die Sicherheit. Licht ist auch nachts ein Sicherheitsfaktor und ich möchte zu bedenken geben, auch wenn viele wie ich Bürolisten sind, die tagsüber arbeiten und nachts tendenziell schlafen, möchte ich sagen, dass das Leben nicht nur tagsüber stattfindet. Das öffentliche und private Leben ist auch nachts ein wichtiger Bestandteil des Funktionierens des Zusammenlebens. Auch Geschäfte und Dienstleistungen werden nachts erbracht. Wenn nur noch einige Strassenlampen brennen und alles düster und farblos ist, geht es auch um die persönliche Lebensqualität. Ich würde mich nicht nur weniger sicher, sondern auch weniger wohl fühlen und die Schlossbeleuchtung ist für mich tatsächlich Bestandteil meines Wohlfühlaspektes. Ich möchte auch weiterhin nachts um 2 Uhr am beleuchteten Bankomat Geld abheben und weiterhin meine am Haus montierten Bewegungsmelder auch nachts eingeschaltet lassen. Ich möchte, dass der Bäckermeister um halb sechs Uhr aufmacht und sein Schaufenster beleuchtet hat und dies auch weiterhin ohne Sonderbewilligung machen kann. Was bedeutet dies für den Gegenvorschlag? Wir kommen unter Abwägung der Argumente zum Schluss, dass es tatsächlich ein gewisses Potential zur Eindämmung gibt; dies wurde bereits mehrmals erwähnt. Skybeamer braucht es tatsächlich nicht und auf blinkende Effekte kann man auch verzichten. Die eine oder andere Sache ist sehr sinnvoll, aber mit Verboten muss man sehr zurückhaltend umgehen. Auch der Gegenvorschlag ist unformuliert und damit gibt es Reglementsänderungen. Wenn diese konkret vorliegen und wir es schwarz auf weiss haben, werden wir diese sehr kritisch anschauen und nicht blindlings überall mitmachen. Insbesondere die zeitlichen Einschränkungen von 01.00 bis 06.00 Uhr, die so absolut in der Vorlage erwähnt ist, ist übertrieben.

Thomas Vogelsperger: Auch ich bin im Initiativkomitee gewesen und musste mich zu Beginn erst informieren. Lichtverschmutzung: Was verschmutzt Licht überhaupt? Es ist ja nicht etwas, das stinkt oder raucht. Wir haben vorher von Einschränkungen des Lebens gehört. Auch ich will das Leben nicht einschränken und sicher leben. Es gibt Tiere, die auch wie wir Menschen teilweise, nachtaktiv sind und diese Tiere gehen nachts auf die Jagd nach kleineren Insekten und diese Tiere werden durch das nächtliche Licht massiv irritiert, wie ihre Beute, Insekten usw. in diesem Licht herum-schwirren. Dies geht bis zum Totschlag, bei dem sie in die Scheibe knallen. Nachts nichtaktive Tiere sind abends verwirrt und können nicht in ihrem natürlichen Rhythmus leben. Ein weiterer Aspekt von Lichtverschmutzung ist auch ein gestörtes Pflanzenwachstum d .h. Pflanzen wachsen, wenn sie ruhen sollten. Ein anderer Punkt wurde bei der Unterschriftensammlung immer wieder gefragt: „Jetzt wollt Ihr die Strassenbeleuchtung noch ausschalten.“ Natürlich nicht, dies ist keine Diskussion und wir wollen auch nicht am Bankomat dunkel machen. Aber vielfach besteht durch unsachgemäss angebrachte und nicht zielgerichtete Beleuchtung eine Gefahr durch Blendung. Man geht also zu einer Treppe und sieht durch die Blendung nicht die Stufen. Zur immer wieder kritisierten übermässigen Reglementierung ist zu sagen, dass leider Gottes, wenn keine Vorschriften bestehen und man sagt „Macht mal Etwas“, gar Nichts passiert, weil blosser Freiwilligkeit nicht greift. Regelung durch den Markt: Auch hier glaube ich wenig daran. Man hat ja auch bei der Finanzkrise gesehen, wie gut sich der Markt selber regelt. Darum bin ich der Meinung, dass bestimmte Regelungen kommen müssen. Ich bin auch der Meinung, dass solche Regelungen sehr differenziert sein müssen und nicht Alles verboten werden muss. Aber wo nötig, macht ein Verbot Sinn. Insbesondere bei der Unart der Effektbeleuchtung durch Sky-

beamer, mich erinnert es eher an eine Flakstellung aus dem II. Weltkrieg, aber nicht an einen schönen Partyanlass, den der Skybeamer bewerben soll. Regeln heisst nicht verbieten; regeln heisst Ideen geben, wie und wo man zielgerichtete Beleuchtungen einsetzt. Es nützt nichts, Strassenlampen aufzustellen und nachher hat ein Bürger ein helles Schlafzimmer, wie man letzthin im Prattler-Anzeiger lesen konnte. Darum bitte ich den Rat ganz klar, die Initiative wohlwollend zu prüfen und nicht einfach abzulehnen, wie es von Links kommt. Energiesparen ist nicht ein Thema von Links oder Rechts; Energiesparen ist ein Thema von uns allen und mit der Lichtinitiative können wir einerseits die Lichtverschmutzung mindern und andererseits auch den Energieverbrauch. So können auf einfache Weise und billig Einsparungen gemacht werden.

Erich Weisskopf: Unsere erste Änderung betrifft das Reklamereglement. Es geht darum, den Zeitraum „zwischen 01.00 – 6.00 Uhr“ durch „5 Stunden“ zu ersetzen. „Während 5 Stunden ist es verboten, ...“. Wann genau ist dahingestellt. Aus dem Polizeireglement möchten wir die Zeiten 01.00 – 6.00 Uhr“ ganz entfernt haben.

Christoph Pfirter: So lange ich im Einwohnerrat bin, habe ich mich noch nie über Etwas so aufgeregt wie dieses hier. Vieles wurde bereits gesagt: Neue Regelungen und Dieter Stohler hat vorhin gesagt, dass er ein beleuchtetes Schloss möchte, einen beleuchteten Bankomat usw. was absolut sinnvoll ist. Wer regelt das Neue wieder? Ich habe hier im Text gelesen „Ausnahmen können bewilligt werden.“ Es gibt nichts Schlimmeres als „Ausnahmen können bewilligt werden“. Wir haben wirklich grössere Probleme als ein paar brennende Lampen nachts. Es gibt noch genügend Spatzen, Krähen, Tauben und am Bahnhof scheinbar noch eine Amsel. Diese gäbe es nicht mehr, wenn es mit dem Licht so schlimm wäre. Und wegen ein paar Vögeln, die in eine Wand fliegen, geht ihr alle mit dem Fahrrad in die Ferien? Wie viele Vögel gibt es um den Flughafen? Solchen Unsinn wie hier, habe ich Zeit meines Lebens noch nie gelesen. Ich bitte Euch, diese Initiative zurückzuziehen. Wir bestimmen hier über Etwas, dass vor allem das Gewerbe und die Industrie angehen. Und diese können gar nicht über die Initiative abstimmen. Und jeder der Initianten sagt, diese Lampen muss man abstellen, hier dürft ihr keine Reklame machen. Uns stört das nicht. Und die Weihnachtsbeleuchtung: Von mir aus kann man diese ganz abstellen und wer darf dann noch die Weihnachtsbeleuchtung haben, bei der die Lämpchen 5 Sekunden leuchten oder sind nur dauernd leuchtende gestattet? Wer bestimmt das? Da frage ich mich, wie ihr das Ganze durchziehen wollt. Zieht die Initiative zurück.

Kurt Lanz: Wenn Christoph Pfirter zu uns sagt „Zieht die Initiative zurück“, muss ich sagen, dass dies Volksmeinung ist. Wir haben Unterschriften gesammelt und zügig zusammengebracht und zu einer Zeit, in der es nicht so einfach ist, nämlich in der Weihnachtszeit, wo Leute Angst um ihre Weihnachtsbeleuchtung hatten. Wenn wir die Initiative nun so zurückziehen würden, wäre dies ein Affront jenen Leuten gegenüber, die unterschrieben haben. Zur Sicherheit: Sicherheit ist kein Thema. Welche Punkte der Lichtinitiative schränken die Sicherheit ein? Gibt es überhaupt solche? „Die Beleuchtung muss von oben nach unten erfolgen“ heisst nicht „keine Beleuchtung“ sondern eine Beleuchtung von oben nach unten. „Objekte müssen zielgerichtet und lichteffizient beleuchtet werden“: Man kann die Objekte beleuchten; ich sehe keine Einschränkung der Sicherheit und die Stärke ist den Verhältnissen anzupassen. D. h. wenn man das Geld am Bankomat nicht mehr zählen kann, ist es zu dunkel und es ist nicht mehr im Verhältnis. „Lampen müssen gegen oben abgeschirmt sein“ bedeutet nicht, dass man nicht beleuchten kann und ich sehe immer noch nicht, wo die Sicherheit beeinträchtigt wird. „Beleuchtungen sind zeitlich zu begrenzen“: Es geht darum, Reklamebeleuchtungen abzustellen, wenn sie unnötig sind. Freundlicherweise hat der Gemeinderat auch an diesem Haus meinem Vorstoss genügt und eine Ausenlampe angebracht, die sich automatisch an- und ausschaltet. So ist es richtig und so muss es sein. Ob das Schloss tatsächlich noch in der Nacht mit Vollbeleuchtung beschienen werden muss, wage ich anzuzweifeln. Vor allem, wenn es jede Nacht voll

beleuchtet wird. Es gibt nur wenige Anlässe, an denen das Schloss voll beleuchtet werden muss. Ich bin auch der Meinung, dass die Gemeinde Pratteln mit einem vorbildlichen Reglement über die Beleuchtung Zeichen setzen kann und ich habe die Hoffnung noch nicht verloren, dass eine Mehrheit in diesem Rat den Zeichen zustimmen wird.

Rolf Hohler: Ich wiederhole, was ich vorher gesagt habe: Man soll die Zeiten nicht von 01.00 - 06.00 Uhr in das Reglement schreiben, sondern auf 5 Stunden beschränken und dann kann man selber bestimmen, welche Zeiten das schlussendlich genau sind. Im Polizeireglement steht, dass es verboten ist, Gebäude von 01.00 – 06.00 Uhr von aussen zu beleuchten. Meine Solarlampen, die ich in den Garten gesteckt habe und die den Weg ausleuchten, brennen auch zwischen 01.00 und 06.00 Uhr. Ich möchte auch wissen, welcher Gemeindepolizist mir sagt, wenn sich meine Solarlampe bei Dunkelheit einschaltet, abschalten soll. Muss diese mit einem Timer versehen werden? Wer bezahlt mir diese elektrischen Installationen? Es handelt sich um meine Sicherheit und es egal, um welche Zeit das ist. Das würde einen Einschnitt in meine Privatsphäre darstellen und darum ist dieser Passus herauszunehmen.

Bruno Baumann: Das Wort Energiesparen ist sehr viel zu hören. Alle reden davon und es macht Niemand. Wenn von AKW die Rede ist, wir wollen diese nicht bei uns, wir wissen ja nicht wohin mit dem Sondermüll. Müssen wir uns hier nicht an der Nase nehmen und sagen, gut die Gemeinde Pratteln übernimmt nun in der Deutschschweiz eine Vorreiterrolle. Machen wir den ersten Schritt und tun uns nicht so schwer mit dem Energiesparen. Es soll mir Jemand einen plausiblen Grund sagen, warum bei einer Bank nachts um halb drei das Licht brennen soll. Wenn man um diese Zeit Geld beziehen will, sollte ein Zeitschalter oder Bewegungsmelder eingebaut werden. Auch ich bin für Sicherheit und will sicher sein, dass ich mein Geld bekomme. Tut euch nicht so schwer mit dem Wort Energiesparen; es ist ein grosses Wort und Alle reden davon, aber wenn es drauf und dran ist, haben wir Mühe damit und in der Deutschschweiz wären wir die erste Gemeinde. Im Tessin in einer Gemeinde gibt es solche Vorschriften und dort geht es. Es wurde noch Niemand umgebracht deswegen und die Sicherheit ist auch stabil geblieben. Darum bitte ich euch, nicht so schwer mit diesem Sachverhalt zu tun.

Kurt Lanz: Ich kann die Idee der SVP bzw. von Rolf Hohler verstehen, wenn er sagt, man solle doch eine Zeitbeschränkung von 5 Stunden aufnehmen. Aber die Initiative zielt genau auf dunkel bzw. die Dunkelheit hin. Zu Wegbeleuchtungen steht nichts in der Initiative und bei der Wegbeleuchtung von Rolf Hohler handelt es sich um eine sehr umweltfreundliche Energieform. In der Initiative steht nur „Gebäude von aussen“ und damit ist kein Weg gemeint. Somit würde der eben aufgeführte Punkt von Rolf Hohler nicht unter diese Bestimmungen fallen. Ich habe hier doch tatsächlich eine Aussage des Hauseigentümerverbandes, der sagt „Es ist nicht zu bestreiten, dass in den entwickelten Staaten der Welt mittels Aussenbeleuchtungen die Dunkelheit, welche die Nacht auszeichnet, immer mehr verdrängt wird. Lichtemissionen sind ernst zu nehmen“. Dies steht auf der Homepage des Hauseigentümerverbandes. Es bedeutet doch etwas, wenn sich der Hauseigentümerverband so äussert und daher kann ich die Argumentationen teilweise nicht verstehen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor und die Anträge auf Seiten 6 und 7 der Vorlage des Gemeinderates gelangen einzeln zur Abstimmung. Zu den Anträgen ist das Wort jeweilen frei.

Antrag 1: Die nichtformulierte Volksinitiative "Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen" wird für gültig erklärt.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die nichtformulierte Volksinitiative "Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen" wird für gültig erklärt.

Antrag 2: Die nichtformulierte Volksinitiative "Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen" wird abgelehnt.

Kurt Lanz bittet den Rat, die Initiative nicht abzulehnen.

Der Rat beschliesst mit 21 : 17 bei 0 Enthaltungen:

://: Die nichtformulierte Volksinitiative "Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen" wird abgelehnt.

Antrag 3: Der nichtformulierten Volksinitiative "Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen" wird folgender nichtformulierter Gegenvorschlag gegenübergestellt: Reklamereglement... Polizeireglement....

Es liegen **Unteranträge von SP und SVP** vor.

Diskussion des Verfahrens:

Kurt Lanz bittet das Büro, das Abstimmungsprozedere zum umfangreichen Antrag 3 wie folgt zu ändern: Zuerst Diskussion und Abstimmung über die Zusätze bzw. Änderungen des Reklamereglementes und im Anschluss daran über die Zusätze des Polizeireglementes, weil die auch von der SVP geforderten zeitlichen Begrenzungen im einen Reglement und nicht im anderen enthalten sind und kein Durcheinander entstehen soll.

Christian Schäublin stimmt diesem Vorgehen zu.

Kurt Lanz: Der Antrag der SP-Fraktion zum Reklamereglement ist, dass auch hier der Punkt aufgenommen wird, dass Lampen gegen oben abgeschirmt sein müssen. Wir bitten daher um Aufnahme der Zusatzes „Leuchtreklamen müssen gegen oben abgeschirmt sein“.

Urs Hess: Es hat keinen grossen Sinn, über einzelne Punkte abzustimmen. Es liegt ja ein Vorschlag des Gemeinderates zur Änderung des Reklamereglementes und des Polizeireglementes vor und beide sind nichtformuliert. Wenn nun die Reglemente später kommen, lässt sich hier die Feinjustierung noch machen und daher wäre es sinnvoll, komplett über den Gegenvorschlag des Gemeinderates zu befinden.

Kurt Lanz: Ich kann grundsätzlich dem Votum von Urs Hess folgen. Es ist aber auch entscheidend, dass der Gemeinderat weiss, welche Sachverhalte grundsätzlich in die Reglemente müssen und welche nicht. Auch für das Initiativkomitee ist es nicht unerheblich bei der Überlegung, ob man die Initiative zurückziehen will oder nicht und zu Was der Rat mehrheitlich ja gesagt hat, weil die Mehrheiten bei den Beschlussfassungen zu den Reglementen möglicherweise dieselben sein werden.

Dieter Stohler: Ich stimme dem Vorgehensvorschlag von Urs Hess zu. Der Gemeinderat konnte die Kritikpunkte inhaltlich zur Kenntnis nehmen. Es müssen keine weiteren Punkte in die Reglemente aufgenommen werden und die fixe zeitliche Beschränkung wird als zu starke Einschränkung und unpraktisch empfunden.

Kurt Lanz: Falls wir dazu kommen, über den Punkt 3 gesamthaft abzustimmen, möchte ich zu Händen des Protokolls angeben, was das Initiativkomitee wollte. In das Polizeireglement gehört zusätzlich: „Die Beleuchtung muss von oben nach unten erfolgen. Lampen müssen gegen oben abgeschirmt sein. Objekte müssen zielgerichtet und leuchteffizient beleuchtet werden. Beleuchtungen sind zeitlich zu begrenzen“.

Christian Schaublin: Es stellt sich die Frage, ob über die hier vorliegenden Anträge einzeln oder in globo abgestimmt werden soll und dem Gemeinderatsvorschlag entgegengestellt werden.

Urs Hess: Ich denke, es braucht überhaupt keine Anträge, weder von SP noch von SVP. Es ist nicht formuliert und man hat seine Meinungen hier bekannt gegeben und der Gemeinderat kann das Reglement später entsprechend ausarbeiten. Mit dem Vorschlag des Gemeinderates ist die Stossrichtung vorgegeben und wir können über das gesamte Paket 3 Ja oder Nein sagen.

Gert Ruder: In diesem Fall bin ich mit Urs Hess einig. Er macht einen pragmatischen Vorschlag und es ist deponiert, was den Einen passt oder auch nicht. Wir kommen nicht weiter, wenn nun alles einzeln durchgekaut wird. Der Gemeinderat weiss, was er in die Reglemente einzubauen hat und diese Inhalte sind im Protokoll enthalten. Wir befinden hierüber später erneut. Vergessen Sie nicht: Es ist das Initiativkomitee, das über einen Rückzug entscheidet. Vom Verfahren her könnte es noch so sein, dass am Schluss die Prattler Bevölkerung der Initiative zustimmt. Bezüglich Kompetenz zum Vogelleben ist es nicht gut, wenn in diesem Rat noch von den Krähen usw. geredet wird, gerade von jener Seite dort.

Kurt Lanz: Stellvertretend für das Initiativkomitee, bei dem ich vorher nachgefragt habe, ob man allenfalls bereit wäre, die Initiative zurückzuziehen, Folgendes: Wenn sich der Rat jeglicher Aussage enthält, wird das Initiativkomitee sagen „Der Gegenvorschlag des Gemeinderates geht uns zu wenig weit und wir ziehen die Initiative nicht zurück“. Das sage nicht ich, das wird das Komitee sagen. Vielleicht sagen sie auch „Wir ziehen die Initiative trotzdem zurück und schauen, was kommt“. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass die Initiative zurückgezogen wird, wenn klar ist, wie sich der Rat bekennt und was tatsächlich in den Reglementen stehen soll, ist einiges grösser. Grundsätzlich steht die Initiative und man kann eine Volksabstimmung nur abwenden, wenn man die Volksinitiative zurückzieht und dies kann nur das Initiativkomitee. Und das Initiativkomitee weiss nun nicht, was die Haltung des Rates in den einzelnen Punkten ist.

Stephan Ackermann: Ich habe nichts gegen eine Volksabstimmung und auch nicht dagegen, dass Initiative und Gegenvorschlag vor das Volk gelangen. Nur sehe ich es so: Wenn wir den Gegenvorschlag, wie er heute Abend auf dem Tisch liegt, vor das Volk bringen, auch wenn er nicht formuliert ist, so haben wir Eckdaten darin. Und diese Eckdaten sind, wenn sie vor dem Volk gewesen sind, verpflichtend. Wenn wir später die Reglemente ausarbeiten, müssen wir die Eckdaten darin aufnehmen und deshalb finde ich es gefährlich oder schlecht, wenn eine Mehrheit eventuell findet, man müsse die 5 Stunden flexibel halten. Dann muss das auch in den Gegenvorschlag und nicht erst, wenn es vor dem Volk gewesen ist und das Reglement vor den Einwohnerrat kommt. Sonst hat man dem Volk nicht reinen Wein eingeschenkt und das darf man nicht.

Stefan Löw: Vielleicht kann ich überbrücken, weil man über das Vorgehen nicht ganz sicher ist. Die Absichtserklärungen, Kurt Lanz, wurden von den einzelnen Fraktionen deutlich deponiert und wenn wir nun verbindlich Zusätze aufnehmen, wird es problematisch. Gerade beim Punkt mit der Beleuchtung von oben nach unten. Es wird schwierig, gerade bei Wegbeleuchtungen, es wird schwierig bei Gartenbeleuchtungen. Die Stossrichtung wurde von allen Fraktionen deutlich deponiert „Wir wollen eine Veränderung, eine Verbesserung“ und nun geht es darum, die Feinheiten und die Art festzulegen. Der Gemeinderat hat einen Auftrag erhalten und der Gemeinderat wird in dieser Richtung arbeiten. Dieses Vertrauen können wir schenken.

GR Ruedi Brassel: Es ist richtig, dass der Wortlaut dessen, was als Gegenvorschlag unformuliert vorliegt, dass dieser Wortlaut nicht voll verbindlich ist in dem Sinn, dass er genau sagt, wie welcher Schritt aussieht und was genau wo geändert wird. Aber wenn dem Volk ein Gegenvorschlag vorgelegt wird, hat diejenige Instanz, die dem Volk den Gegenvorschlag vorlegt, das Recht, zu sagen, was im Gegenvorschlag enthalten sein soll. Und diese Instanz ist der Einwohnerrat. Also muss es zulässig sein, dass Abänderungsanträge zum Gegenvorschlag zur Abstimmung kommen, auch wenn nachher die Ausformulierung des Gegenvorschlages, die Umsetzung in konkrete Reglemente, die nach einer allfälligen Annahme des Gegenvorschlages erfolgt, nachher noch konkret formuliert werden und dem Einwohnerrat vorgelegt werden muss als Reglement oder sogar dem Volk. Wenn der Einwohnerrat beschliesst, einen Gegenvorschlag vorzulegen, muss er selbstverständlich auch das Recht haben, den Gegenvorschlag zu verändern denn der Einwohnerrat hat gegenüber dem Volk das letzte Wort und nicht der Gemeinderat.

Dieter Stohler: Dank an GR Ruedi Brassel. Seine Aussagen treffen genau zu. Die Frage ist „Will der Rat Änderungen am Gegenvorschlag vornehmen oder nicht?“ und darüber sollen wir abstimmen.

://: Der Rat beschliesst mit 24 : 11 bei 3 Enthaltungen, Änderungen am Gegenvorschlag des Gemeinderates vorzunehmen.

Die Verfahrensdiskussion ist hiermit abgeschlossen. Mario Puppato hat krankheitsbedingt die Sitzung verlassen; der Einwohnerrat zählt nun 37 anwesende Mitglieder.

Antrag 3: Der nichtformulierten Volksinitiative "Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen" wird folgender nichtformulierter Gegenvorschlag gegenübergestellt: Reklamereglement... Polizeireglement....

Es liegen **Unteranträge von SP und SVP** vor.

Beratung des Reklamereglementes:

Punkt: „Die Beleuchtung muss von oben nach unten erfolgen“: keine Wortmeldungen.

Antrag der SP: In das Reklamereglement ist aufzunehmen "Leuchtreklamen müssen gegen oben abgeschirmt sein".

://: Der Rat stimmt dem Antrag der SP "Leuchtreklamen müssen gegen oben abgeschirmt sein" mit 21 : 15 bei 1 Enthaltung zu.

Punkt: „Objekte müssen zielgerichtet und lichteffizient beleuchtet werden“: keine Wortmeldungen.

Punkt: „Beleuchtungen sind zeitlich zu begrenzen“: keine Wortmeldungen.

Punkt: „Mindesten zwischen 01.00 – 06.00 Uhr ist es verboten Leuchtreklamen brennen zu lassen“. Hierzu liegt ein **Antrag der SVP** vor. Der Punkt mit den genauen Zeitangaben soll ersetzt werden durch „Während 5 Stunden ist es verboten, Leuchtreklamen brennen zu lassen“.

://: Der Rat lehnt den Antrag der SVP „Während 5 Stunden ist es verboten, Leuchtreklamen brennen zu lassen“ mit 14 : 22 bei 1 Enthaltung ab.

Punkt: „Der Einsatz von Reklamescheinwerfern ist verboten“: keine Wortmeldungen.

Punkt: „Der Gemeinderat kann in begründeten Fällen Ausnahmen bewilligen“: keine Wortmeldungen.

Beratung des Polizeireglementes:

Punkt: „Der Einsatz von Skybeamern, Laser-Scheinwerfern oder ähnlichen, himmelwärts gerichteten Lichtquellen ist verboten“: keine Wortmeldungen

Antrag der SP: In das Polizeireglement ist aufzunehmen "Die Beleuchtung muss von oben nach unten erfolgen".

://: Der Rat stimmt dem Antrag der SP "Die Beleuchtung muss von oben nach unten erfolgen" mit 21 : 15 bei 1 Enthaltung zu.

Antrag der SP: In das Polizeireglement ist aufzunehmen "Lampen müssen gegen oben abgeschirmt sein".

://: Der Rat stimmt dem Antrag der SP "Lampen müssen gegen oben abgeschirmt sein" mit 21 : 15 bei 1 Enthaltung zu.

Antrag der SP: In das Polizeireglement ist aufzunehmen "Objekte müssen zielgerichtet und lichteffizient beleuchtet werden".

://: Der Rat stimmt dem Antrag der SP "Objekte müssen zielgerichtet und lichteffizient beleuchtet werden" mit 22 : 14 bei 2 Enthaltungen zu.

Antrag der SP: In das Polizeireglement ist aufzunehmen "Beleuchtungen sind zeitlich zu begrenzen".

://: Der Rat stimmt dem Antrag der SP "Beleuchtungen sind zeitlich zu begrenzen" mit 21 : 14 bei 2 Enthaltungen zu.

Antrag der SVP: „Mindestens zwischen 01.00 – 06.00 Uhr ist es verboten Gebäude von aussen zu beleuchten...“ ist zu streichen.

://: Der Rat lehnt den Streichungsantrag der SVP "Mindestens zwischen 01.00 – 06.00 Uhr ist es verboten Gebäude von aussen zu beleuchten..." mit 14 : 21 bei 2 Enthaltungen ab.

Punkt: „Der Gemeinderat kann in begründeten Fällen Ausnahmen bewilligen“: keine Wortmeldungen.

Christian Schäublin: Es folgt nun die Abstimmung über Antrag 3, erster Satz. Dies bedeutet eine Abstimmung darüber, ob der eben beratene Gegenvorschlag überhaupt der Volksinitiative gegenübergestellt wird. Der Antrag lautet: „Der nichtformulierten Volksinitiative "Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen" wird folgender nichtformulierter Gegenvorschlag gegenübergestellt: Reklamereglement und Polizeireglement wie eben beraten“.

://: Der Rat stimmt obigem Antrag mit 24 : 10 bei 3 Enthaltungen zu.

Antrag 4: „Erfolgt kein Rückzug der Initiative sind die nichtformulierte Volksinitiative "Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen" und der Gegenvorschlag gleichzeitig zur Abstimmung zu bringen. Die Abstimmung wird nach dem Verfahren mit bedingter Eventualabstimmung (Mehrfach-Ja mit Stichfrage) durchgeführt.“

://: Der Rat stimmt Antrag 4 mit grossem Mehr zu.

Antrag 5: Den Stimmberechtigten wird die Annahme des Gegenvorschlags und die Ablehnung der nichtformulierten Volksinitiative "Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen" empfohlen.

://: Der Rat lehnt mit 18 Nein : 16 Ja bei 3 Enthaltungen ab, den Stimmberechtigten die Annahme des Gegenvorschlags und die Ablehnung der nichtformulierten Volksinitiative "Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen" zu empfehlen.

Christian Schäublin: Die Ablehnung dieses Antrages bedeutet, dass es von Seiten des Einwohnerrates keine entsprechende Abstimmungsempfehlung gibt.

Geschäft Nr. 2587 Ergänzung der Vereinbarung zwischen der einfachen Gesellschaft Schiessanlagen Lachmatt mit dem Kanton Basel-Stadt und dem Kantonal-Schützenverein Basel-Stadt

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 27. Januar 2009

GR Ruedi Brassel: Bei einer Vereinbarung, in der festgelegte Termine nicht eingehalten werden können, müssen diese angepasst werden. Der Einwohnerrat hat, und das betrifft auch das nächste Geschäft, bereits seine grundsätzliche Zustimmung gegeben. Jetzt geht es lediglich um eine Terminänderung. Die vor 10 Tagen in der Schiessanlage Lachmatt empfangenen Schützen können erst zur Schiesssaison 2009 hierher kommen. Genau dies besagt die neue Formulierung im Vertragszusatz. Es ist noch ein redaktioneller Missgriff in der ursprünglichen Formulierung. Dort steht „uneingeschränkte Nutzung der Anlagen durch die Basler Schützen ab Schiesssaison 2008“. Die Nutzung ist natürlich nicht uneingeschränkt weil Andere die Anlage eben-

falls benutzen. Daher entfällt dieser Passus. Ich bitte Sie, dem Vertragszusatz, wie er auch von den Basler Schützen, der Stadt Basel und von den anderen Gemeinden ebenfalls mitgetragen wird, zuzustimmen.

Das Wort wird nicht verlangt, so dass abgestimmt werden kann.

://: Der Einwohnerrat stimmt mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen dem Vertragszusatz zu.

Geschäft Nr. 2588

Sanierung der Schiessanlagen in der Lachmatt für die Gemeinden Pratteln, MuttENZ und Birsfelden

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 27. Januar 2009

GR Ruedi Brassel: Danke für die speditive Bearbeitung des vorhergehenden Geschäftes. Dieses Geschäft könnte etwas mehr zu reden geben, weil der Einwohnerrat in den Glauben gestellt wurde, dass dieses Geschäft nicht mehr vor den Einwohnerrat kommt, weil man der Ansicht war, dass mit der Zustimmung zum Vertrag die Sanierungsmassnahmen durch die Einfache Gesellschaft Schiessanlage Lachmatt durchgeführt werden können. Wir sind noch einmal über die Bücher und in der Vertragsbestimmung steht ganz klar, dass Massnahmen von der Einfachen Gesellschaft Schiessanlage Lachmatt vollzogen werden können, die der Werterhaltung dienen. Was darüber hinausgeht, ist im Vertrag nicht fixiert und muss an diejenigen Organe, die in den Gemeinden die entsprechende Kompetenz haben. Darum habe ich mich dafür eingesetzt, dass dieses Geschäft an den Einwohnerrat kommt und korrekt abgewickelt wird. So viel zu den rechtlichen Voraussetzungen, die auch damit zusammenhängen, dass die Einfache Gesellschaft eine nicht ganz einfache Angelegenheit ist. Der Einwohnerrat wurde über diese Massnahmen bereits früher ins Bild gesetzt. Diese sind entweder im Vertrag fixiert (Neubau einer 25m-Schiessanlage) oder durch gesetzliche Auflagen (Sanierung der Kugelfänge) oder betrieblich notwendig (neue Trefferanzeige, Umbau der Schützenräume, der Munitionsräume, Beachtung der Sicherheitsaspekte usw.). Bei einer solchen Reorganisation ist klar, dass Geld aufgeworfen werden muss. Erfreulicherweise konnte das ursprüngliche Projekt in der Höhe von CHF 2.5 Mio. Umbaukosten drastisch auf rund die Hälfte reduziert werden. Die Finanzierung erfolgt durch die Mittel der Einfachen Gesellschaft Schiessanlage Lachmatt. Die Eigenmittel kommen aus Rückstellungen der vergangenen Jahre, die Basler Schützen haben sich mit CHF 750.000.-- eingekauft und weitere Mittel kommen aus Unterstützungsgeldern wie aus Beiträgen von Bund und Kanton an die Sanierung der Kugelfänge, Sport-Toto-Geldern, Eigenleistungen der Verein usw. Die Einwohnerkasse der Gemeinden wird durch dieses Projekt nicht belastet. Dies ist ein wichtiger Punkt, weil damit auch klar ist, dass mit diesem Projekt nicht ein anderes entfällt oder geschmälert wird. Das Geld ist zweckgebundene und muss für diesen Zweck verwendet werden. Es wird sinnvoll investiert und ohne Überschüssiges im Projekt eingesetzt. Es wurde eine Änderung des Beschlussantrages verteilt, die nötig wurde, weil das Geschäft insbesondere aus der Ecke MuttENZ mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Wie ihr wisst, hat schon die Vertragsdiskussion in MuttENZ zu einer Beschwerde geführt, in der Verfahrensfehler geltend gemacht wurden und die Beschwerde Recht erhalten hat. In Bezug auf dieses Geschäft ist in MuttENZ wieder an der Gemeindeversammlung eine Beschwerde angebracht, die besagt, dass die vorhin von mir skizzierte Unterscheidung zwischen werterhaltenden und wertvermehrenden Massnahmen in den Teilkrediten nicht so sauber auseinander zu

halten sind, so dass in der ersten Tranche möglicherweise bereits Wertvermehrendes enthalten sein könnte und die wären nicht korrekt bewilligt. Es ist Fakt, dass in der zweiten Tranche sehr viel nur Werterhaltendes ist. Der grösste Teil der Kreditsumme ist werterhaltend und darum ist es eigentlich egal. Selbst wenn es so wäre, die Gelder sind zweckbestimmt und können nicht anders verwendet werden d. h. müssen für die Schiessanlage Lachmatt eingesetzt werden. Damit der Beschwerde formal der Boden entzogen wird, haben wir beschlossen sowohl an der Gemeindeversammlung in Muttenz als auch in Birsfelden und im Einwohnerrat denjenigen Teil der Sanierung, den ersten Teil, der in der grössten Mehrheit werterhaltend ist, dem Souverän nicht nur Kenntnis zu geben, sondern bewilligen zu lassen. Es ist die Bewilligung von Geld, das in der Kasse der Einfachen Gesellschaft Schiessanlage Lachmatt bereits vorhanden ist und es kostet die Gemeinde letztthin überhaupt nichts. Ich bitte sie also, in Punkt 4.2. diejenige Variante beschliessen zu lassen, die im Zusatzpapier enthalten ist. Wir hoffen damit, dass das Verfahren in Muttenz etwas eleganter über die Bühne gehen kann bzw. die Beschwerde haltlos ist. Die Struktur der Einfachen Gesellschaft Schiessanlage Lachmatt wird zur Kenntnis genommen, diese ist im Vertrag so vorgegeben; und der Punkt 4.2 ist zu beschliessen, wie es der neue Antrag formuliert und Antrag 4.3 wie er in der Vorlage enthalten ist.

Stephan Ackermann: Nach wie vor ist es aus unserer Sicht falsch, dass die Schützen finanziell unterstützt werden. Der Einwohnerrat hat aber dem Vertrag und den Gesellschaftsmodell zugestimmt und so lange das Schiessobligatorium für die Armeeangehörigen besteht, müssen wir die Kosten mittragen. Wir sind der Meinung, dass mit diesem Geld bzw. dem der Gesellschaft nur Investitionen finanziert werden dürfen, die für die Ausübung des Obligatorischen notwendig sind. Alles Andere wäre für uns die Subvention einer einzigen Sportart und für die müssten die Schützen aus unserer Sicht selber aufkommen, weil die Gemeinde schliesslich auch nicht ein Klubhaus eines Vereines oder des FC finanziert. So wie wir die Erläuterungen und Ausführungen des Gemeinderates verstehen, sind es wirklich nur zweckgebundene Ausgaben wie im Gesellschaftsmodell vorgesehen und im Vertrag vereinbart. Wenn dies nicht der Fall ist, könnte man dem nicht zustimmen. Bei uns ist es so, und in anderen Fraktionen wahrscheinlich auch, wenn über Schiessanlagen diskutiert wird, kommt die Frage der Altlasten auf. Besteht in der Lachmatt Sanierungsbedarf, gibt es einen Zeitplan dafür und wie sieht eine grobe Kostenschätzung aus und wenn müsste bezahlen?

Dieter Stohler: Zuerst eine persönliche Anmerkung. Vielen Dank, dass ich hier weiterhin das Wort ergreifen darf. Es ist nicht selbstverständlich vom Büro aus, aber als 2. Vizepräsident wird man dies dürfen und sollte ich als 1. Vizepräsident oder gar zum Präsident befördert werden, werde ich mich zu Vorlagen nur im Notfall äussern. Die Schiessanlage Lachmatt hat im Einwohnerrat in den letzten Jahren verschiedentlich zu reden gegeben und Vieles lag im Argen. Ich erinnere an Spezialaufträge der RPK, um gewisse Unregelmässigkeiten auch in der Buchhaltung anzuschauen und das ganze Finanzwesen zu überprüfen. Darum ist ein gewisses Misstrauen, wenn eine Vorlage zur Schiessanlage kommt, angezeigt und eine kritische Prüfung empfehlenswert. In dem Sinn ist es nicht vertrauensfördernd wenn der Gemeinderat seine eigene Vorlage wieder überarbeitet und feststellen muss, dass man beim Lesen des Gesellschaftsvertrages zu anderen Schlüssen gekommen ist. Wir von der FDP-Fraktion stimmen dem Geschäft zu im Wissen: 1. Dass die Einwohnerkasse nicht belastet wird, wie Gemeinderat Ruedi Brassel gesagt hat und die Mittel schon in der Gesellschaft vorhanden sind. 2. Die RPK hat verschiedene Spezialprüfungen vorgenommen und wird weitere vornehmen. Unter diesen Aspekten ist eine Zustimmung vertretbar und ich finde es gut, wenn die neue Organisation und der Gemeinderat eine Chance erhalten, die Schiessanlage Lachmatt in den Griff zu bekommen und in diesem Sinn wünsche ich viel Glück dazu.

Roland Kuny: Die SVP-Fraktion ist für die Vorlage.

Kurt Lanz: Dieter Stohler hat schon Einiges gesagt, dass auch mir ein Anliegen ist, nämlich die finanziellen Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Einfachen Gesellschaft. Auf Seite 2 der Vorlage sehe ich die neue Struktur und auf Seite 1 steht, dass die neue Organisation per 1.1. 2009 ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Wir nehmen das erfreut zur Kenntnis. Die Sanierung wurde vereinbart, als man sagte, die Basler Schützen sollen nach Pratteln kommen und dies ist nun die Folge davon. Auch die SP-Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Fredi Wiesner: Ich habe noch etwas zu Punkt 4.2. Meiner Meinung nach müsste der Betrag CHF 117'000 sein, d. h. ein Drittel der Gesamtsumme, weil auch bei den anderen Beträgen in Punkt 3.4 der Vorlage über einen Drittel der Summe CHF 328'180 zu beschliessen ist.

GR Ruedi Brassel: Zu den Fragen von Stephan Ackermann: Ein Sanierungsbedarf besteht. Dieser ist nicht dringlich und der Bund hat erlassen, dass ab 2008 nur noch geschossen werden darf, wenn kein Blei mehr in den Boden gelangt. Daher die Sanierungen der Kugelfänge. Bis 2028 darf so noch geschossen werden. Es muss saniert werden, wenn eine Anlage stillgelegt wird und dann auch die Gelder von Bund und Kanton angerufen werden können für die dannzumalige Sanierung. Zum Zeitplan: Wir können die Anlage sicher bis 2028 betreiben und sollte sie länger betrieben werden, so ist eine Verlängerung der Subventionsberechtigung zurzeit im Parlament im Bern in Arbeit. Ich denke nicht, dass es sinnvoll ist, schon jetzt einen Arbeitsplan für den Zeitraum von 2028 bis 2032 zu erarbeiten. Kosten: Die weiteren Kosten belaufen sich scheinbar auf CHF 12'000 pro Scheibe und bei 44 Scheiben sind dies über CHF 500'000 und davon haben die 3 Gemeinden bzw. die Einfache Gesellschaft Schiessanlage Lachmatt, einen Anteil von 20%, also rund CHF 100'000, zu übernehmen. Der Rest wird durch Gelder von Bund und Kanton gedeckt. D. h. für die einzelne Gemeinde dürfte es zwischen einem Fünftel und einem Drittel für diesen Betrag absetzen. Dies müsste von der Einfachen Gesellschaft Lachmatt durch Reservenbildung, durch Rückstellungen im Verlaufe der 20 oder mehr Jahre zu erarbeiten sein. Kritische Begleitung durch die RPK: Ich kann nur sagen „Ich bitte darum“. Ich finde es wichtig, dass sich die Gemeinden beteiligen. Ich denke nicht, dass es etwas zu verstecken gibt und es war von Anfang an meine Absicht, die Sache gründlich neu anzuschauen und daher auch diese Vorlage. Zum Punkt von Fredi Wiesner: Im Prinzip ist es richtig. Es spielt aber keine Rolle. In Muttenz hat man den Beschluss nachträglich so gefasst, dass der ganze Betrag ausgegeben wird. Das Geld befindet sich so oder so in der Einfachen Gesellschaft Lachmatt. Von allen 3 Gemeinden wird der ganze Betrag gemeinsam ausgelöst und wenn man es drittelt, dies war die Empfehlung des Kantons, könnte man genauso gut CHF 117'000.-- hineinschreiben. An der Sache ändert dies überhaupt nichts. Es kostet weder die Einfache Gesellschaft noch die Gemeinde Pratteln mehr oder weniger, ob nun der ganze Betrag oder ein Drittel davon steht. Damit die Vorlage in sich konsistent ist, würde ich den Antrag von Fredi Wiesner aufnehmen und den Betrag von CHF 117'000.-- in die Vorlage aufnehmen.

Das Wort wird nicht verlangt, so dass abgestimmt werden kann.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der neuen Struktur der Betreibergesellschaft der Schiessanlage Lachmatt.
2. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, für die 1. Etappe der Sanierung der Schiessanlagen Lachmatt den Investitionskredit von CHF 117'000.--, zu bewilligen, der für werterhaltende und betriebliche Massnahmen eingesetzt

wird, und der aus den Eigenmitteln der einfachen Gesellschaft Schiessanlage Lachmatt zu entnehmen ist.

3. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, der einfachen Gesellschaft Schiessanlagen Lachmatt für die Umsetzung der 2. Etappe der Sanierung der Schiessanlage Lachmatt den Investitionskredit von CHF 328'180.-- zu bewilligen, der aus den Eigenmitteln der einfachen Gesellschaft Lachmatt zu entnehmen ist.

Fragestunde

Frage von Rolf Hohler betr. "Wartende Buswartehäuschen"

Aktenhinweis

- Frage von Rolf Hohler betr. "Wartende Buswartehäuschen"

GR Felix Knöpfel: Es handelt sich um Fragen von Rolf Hohler. „Bei einem Spaziergang im Gebiet Löli habe ich vor einiger Zeit im abgesperrten Teil des Gemeindegewerhofes 2 Buswartehäuschen entdeckt, welche dort abgestellt sind. Bei einem erneuten Spaziergang warteten diese immer noch am gleichen Ort. Zu diesen 2 Wartehäuschen habe ich folgende Fragen an den Gemeinderat: 1. Um was für Wartehäuschen handelt es sich (zum Entsorgen oder Aufstellen)? 2. Falls die Buswartehäuschen zum Aufstellen sind, wo werden diese aufgestellt (z. B. Tramendstation)? 3. Bis wann sind die Buswartehäuschen am dafür vorgesehenen Ort im Einsatz? Ich finde es wichtig, dass der öffentliche Verkehr attraktiv gehalten wird. Darum erscheint es mir wichtig, dass vor allem am grossen, oft benutzten Haltestellen wie zum Beispiel der Tramendstation beidseitig Buswartehäuschen vorhanden sind. Jetzt wäre die Gelegenheit wieder solche Wartehäuschen aufzustellen.“ Im letzten Herbst hat Rolf Hohler ein Postulat eingereicht, dass der Rat angenommen hat und die Sachbearbeiterin öV der Bauverwaltung ist daran, einen Standort zu evaluieren. Dies ist nicht so einfach, weil nicht jedes Mal ein Häuschen aufgestellt werden kann. Gehört das Land der Gemeinde? Wenn Nein, wem gehört es und könnte man allenfalls trotzdem ein Häuschen aufstellen? Das Konzept soll Mitte Jahr fertig sein und nachher werden gestaffelt mit einem einheitlichen Typ Häuschen aufgestellt. Wir haben jedes Jahr CHF 30'000 im Budget und dieser Betrag reicht gerade für 1 Häuschen. Falls der Rat mehr Häuschen aufstellen möchte, müsste das Budget erhöht werden. Zu den Fragen: *Frage 1. Um was für Wartehäuschen handelt es sich (zum Entsorgen oder Aufstellen)?* Die Wartehäuschen durften wir durch Zuspuch von Urs Hess in Münchenstein gratis abholen, da diese nicht mehr benötigt wurden. Leider ist 1 Häuschen in einem so schlechten Zustand, dass es unbrauchbar ist. Das andere kann eingesetzt werden; wir wissen noch nicht wo. *Frage 2. Falls die Buswartehäuschen zum Aufstellen sind, wo werden diese aufgestellt (z. B. Tramendstation)?* Bei der Bushaltestelle beim Claroladen wird sicher ein neues Modell aufgestellt, damit das Dorfbild nicht beeinträchtigt wird. Bei der Tramendstation wird als nächstes ein Häuschen aufgestellt. *Frage 3. Bis wann sind die Buswartehäuschen am dafür vorgesehenen Ort im Einsatz?* Diese werden auf unbestimmte Zeit an ihrem Einsatz bleiben so lange sie heil bleiben.

Geschäfte Nr. 2567, 2573, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593

Nicht behandelt.

Die Sitzung wurde um 22:00 Uhr beendet

Pratteln, 21 April 2009

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Der Sekretär-St.V.

Christian Schäublin Joachim Maass